

Nachrichten für Raunhof

und Umgegend

(Altdorfshain, Ammeishain, Deucha, Dorsdorf, Eicha, Erdmannshain, Fuchshain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Pomßen, Standnis, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Raunhof; es enthält Besannungen des Bezirksverbandes, der Amtshauptmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr
Bezugspreis: Monatlich ohne Austragen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile 20 Pfg., 4spaltige 30 Pfg., 2spaltige 40 Pfg., 1spaltige 50 Pfg. (Abg.) 50 Pfg. Tabell. Geh. 50% Aufschlag. Bei unbedeutlich geschriebenen sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.

Vertraut: Amt Raunhof Nr. 2

Druck und Verlag: Böhm & Gule, Raunhof bei Leipzig, Markt 3

Nummer 148

Sonnabend, den 8. Dezember 1928

39. Jahrgang

Amtliches.

Die Geschäftsräume des Stadtrates, des Standesamtes und der Sparkasse bleiben wegen Reinigung Montag, den 10. und Dienstag, den 11. Dezember 1928, geschlossen.
Dringliche Sachen und Standesamtsfälle werden an beiden Tagen zwischen 10 und 11 Uhr vormittags im Rathaus erledigt.
Raunhof, am 5. Dezember 1928. Der Stadtrat.

Standale.

Seelenfang in Paris. — Schlimme Saat. — Nebenregierung der Obersten.

Wir haben uns wirklich gegenseitig nichts vorzuerzählen, die Böller haben und brühen der alten und der neuen Grenzen. Die lange ist es her, daß in der deutschen Reichshauptstadt ein Schwindel- und Betrugsprozess verhandelt wurde, dessen jeder reibliche Deutsche sich schämen mußte, weil in ihm ein bis dahin angesehenes und in wichtigen Strafsachen unbedenklich verwendeter Staatsanwalt als Angeklagter sich zu recht fertigen hatte und dabei eines geradezu schamlosen Mißbrauches seiner einflussreichen Dienststellung überführt wurde? Und heute sieht der französische Ministerpräsident sich gezwungen, ein Mitglied der Kammer öffentlich um Namensnennung derjenigen politischen Persönlichkeiten zu ersuchen, die von der Parlamentaristik herab der Beteiligung an dem neuesten Panamaskandal der Republik beschuldigt worden sind.

Wieder sollen durch Ausbeutung der Leichtgläubigkeit breiter Volksschichten Hunderte von Millionen in falsche Taschen geleitet worden sein, aus denen sie niemals wieder den Weg zu ihren rechtmäßigen Eigentümern zurückfinden dürften, und wieder sieht es so aus, als hätten bestimmte Gesellschaften bewußt und unbewußt, gewollt oder ungewollt bei diesen überaus ertragreichen Betrugsmanövern hilfreiche Mitwirkung geleistet. Man grübelt in einer Zeit, in der die Währung noch auf ihrem höchsten Stande ruht, ein kleines Wochenblatt, das sich vorn mächtig für internationale Verständigung und ähnliche schöne Menschheitsziele einsetzt, um in den mehr rückwärts gelegenen Spalten um so verdächtiger regelrechten Seelen- oder vielmehr Börsenfänger zu betreiben. Die Sache bekommt den unehrlichen Mätern so lange ausgezeichnet, bis die ganze Herrlichkeit über einem unvorhergesehenen kleinen Zwischenfall zusammenbricht. Nun herrscht Heulen und Zähneklappern unter den vielen, vielen Leidtragenden, und Herr Poincaré, streng und unerbittlich, wie er ja ist, wird gewiß keine Schonung walten lassen, wo immer er unter Beamten oder Politikern Schuldige zu fassen bekommt. Werden wir etwa in den bekannten Chauvinistenblättern zu hören bekommen, daß im Grunde genommen auch an diesem neuesten Finanzskandal kein anderer als — Deutschland die Schuld trägt? Vielleicht wegen des deutschen Namens der Frau, die als Hauptangeklagte in dem bevorstehenden Prozeß zu figurieren haben wird?

Herr Poincaré mag aber auch aus anderen Gründen sich augenblicklich in nicht gerade behaglicher Stimmung fühlen. Da wagt es ein Pariser Schwurgericht, was bisher noch keine Regierung, kein fremdes Staatsoberhaupt riskiert hat: es schleudert dem großen und gewaltigen Mussolini den Fehdehandschuh ins Gesicht, indem es einen Mann, der aus antisemitischen Beweggründen einen in Paris amtierenden italienischen Staatsbeamten über den Haufen schob, so gut wie freispricht. Kein Wunder, daß darüber ganz Italien aufklammert wie eine Pulvermine, daß italienische Offiziere ihren französischen Waffengefährten aus den Jahren des Weltkrieges die einst mit Begeisterung entgegengekommenen Ordensauszeichnungen zurückschicken und daß namentlich die akademische Jugend am liebsten mit starker Hand über die Grenzen aufgebrochen wäre, um den Franzosen sozusagen Auge in Auge ihre Verachtung ins Gesicht zu schreien. Es kommt ja auch hier natürlich ein zum andern, und den Italienern ist es schon lange ein Dorn im Auge, daß Paris nach wie vor ein Sammel- und ein Tummelplatz für die noch Mussolinis Auffassung ungetrübten Söhne ihres Landes geworden ist. Das ist eine schlimme Saat, die leicht einmal über Nacht ganz plötzlich aufgehen kann.

Da sind die Polen doch etwas rücksichtsvoller. Sie legen den Rebellen nicht gegen fremde Staatsangehörige an, die das zweifelhafte Glück haben, in ihrer Mitte zu leben, sondern sie lassen im Dunkel der Nacht das schöne Schloß ihres Staatsgründers und Staatsretters, des Marschalls Pilsudski, von bewaffneten Mordgesellen umschleichen, denen aus Versehen zunächst einmal ein harmloser Schutzpolizist zum Opfer gefallen ist. Das nächste Mal wird ihre Kunst vielleicht schon ein höhergestelltes Ziel zu erreichen wissen. Jedenfalls wird jetzt schon ganz offen in ihrem Sejm von der Nebenregierung der Obersten gesprochen, denen eine ganz ansehnliche Zahl von unaufgeklärten Entführungen, von überflüssigen militärischen und Schriftsteller mit teils voll, teils nur halb gelungenen Toischlägen zur Last gelegt wird. Sogar leibhaftige Generale sind ja von dieser unheimlichen Verschwörerorganisation unschuldig gemacht worden, ohne daß dafür auch nur die geringste Sühne zu erreichen gewesen wäre. Wie Marschall Pilsudski sich persönlich zu

Strefemann—Briand—Chamberlain

Die Fahrt nach Lugano.

Gedämpfte Erwartungen.

Reichsaußenminister Dr. Strefemann verabschiedete sich am Freitag vor der für den Abend vorgesehenen Abreise nach Lugano vom Reichspräsidenten von Hindenburg. Mittags fand noch eine kurze Ministerbesprechung über Lugano in Berlin statt. Dr. Strefemann wird begleitet von dem Staatssekretär Dr. v. Schubert, dem Ministerialdirektor Gaus und einer Anzahl von Sachverständigen. Die Ratstagung in Lugano soll bis zum 16. oder 18. Dezember dauern. Der französische Außenminister Briand ist bereits Freitag morgen nach Lugano abgereist, ebenso hat sich auch Chamberlain, Englands auswärtiger Minister, dessen Erscheinen angeblich wegen der Krankheit des Königs in Frage gestellt war, entschlossen, bestimmt an der Ratstagung teilzunehmen und baldigst einzutreffen. Am Sonntag werden die drei Außenminister in Lugano verammelt sein und man nimmt an, daß sie alsbald über die wichtigsten Dinge, die zur Entscheidung stehen, in Verbindung treten werden.

Montag vormittag soll die Tagung des Völkerbundrates durch Briand eröffnet werden. Im Mittelpunkt der Verhandlungen steht nach dem Programm der litauisch-polnischen Streitfrage, wobei die beiden Länder durch den Ministerpräsidenten Wolodemars und den polnischen Außenminister Jaksell vertreten sein werden. Aber diese Frage dürfte, so wichtig sie im allgemeinen auch ist, doch zurücktreten gegen die mehr offiziellen Dinge, die hinter den Kulissen vor sich gehen werden. Das ist die Fühlungnahme zwischen den drei Herren Strefemann, Briand und Chamberlain über die Konstituierung der

Sachverständigenkonferenz zur Schuldenregelung.

Während zu Anfang, als die Einsetzung dieser Sachverständigenkonferenz von Deutschland angeregt wurde, die Hoffnungen groß waren, sind mittlerweile die Erwartungen doch wesentlich gedämpft worden. Ohne Zweifel hat sich die Situation mittlerweile so entwickelt, daß England den Wünschen Frankreichs fast vollständig nachgegeben hat und Deutschland sich einer geschlossenen Front dieser beiden Männer gegenüberstellt. Freilich besteht immerhin noch die Annahme, daß unter Umständen auch Amerika ein gewichtiges Wort sprechen könnte, aber nach den abweisenden Äußerungen Chamberlains in den letzten Tagen und dem ganzen zurückhaltenden Verhalten der englischen Regierung kann man kaum erwarten, daß nun alsbald eine wenigstens für Deutschland einigermaßen befriedigende Lösung gefunden wird.

Die Rheinlandräumung

Man kann sich so oft betauern, daß sie mit der Schuldenregelung nichts zu tun haben — im Hintergrunde Frankreich beteuert, bereit zu sein zur endlichen Vereinigung der Kriegsschulden. Aber, und das läßt sich nicht verkennen, es will besondere Vergütungen herauszuschlagen für eine rechtmäßig schon längst fällige, von ihm aber als „verfrüht“ bezahlte Räumung der besetzten Gebiete.

Diese Sonderleistungen kommen aber, vom deutschen Standpunkt aus gesehen, absolut nicht in Frage und müssen von uns auf das entschiedenste abgewiesen werden.

Wird nun in Lugano eine Form gefunden, die auch für Deutschland annehmbar ist? Das ist die Frage, um die sich alles dreht wird. Einfließen muß man der Entwicklung nicht ganz pessimistisch, aber doch ohne große Hoffnungen entgegenzusetzen.

Wilhelm Rittas.

Der neue Präsident, wurde am 15. Oktober 1872 als Sohn eines Postbeamten in Aremis an der Donau (Niederösterreich) geboren. Er studierte von 1890 bis 1895 an der Wiener Universität, widmete sich nach Ablegung der wissenschaftlichen Lehramtsprüfung dem Lehrfache und wurde Gymnasialprofessor und -direktor in Horn (Niederösterreich). Rittas gehörte seit 1908 dem niederösterreichischen Landtage und seit 1912 dem Landesparlament an. Nach dem Kriege wurde er von der Christlichsozialen Partei in die österreichische Nationalversammlung gewählt und 1920 zum Staatssekretär für Kultus ernannt. Auch wurde er 1920 zum Mitglied und 1923 sowie 1927 zum Präsidenten des Nationalrates gewählt. Er gilt als überzeugter Anhänger des Anschlußgebahns. Der Ehe, die Rittas im Jahre 1900 mit Leopoldine Feldinger geschlossen hat, sind zwölf Kinder entsprossen.

Kärmjungen im Österreichischen Nationalrat.

Wien. Der Nationalrat hat die Regierungsvorlage über Zuwendungen an die Beamten unverändert angenommen. In der Debatte kam es mehrfach zu kirmjungen Karmjungen. Die Sozialdemokraten warfen den Großdeutschen vor, daß sie ungenügend seien. Das wurde von den Großdeutschen mit lebhaften Protestrufen erwidert, die von sozialdemokratischer Seite mit kirmjungen Gegenrufen beantwortet wurden. Es fielen dann gegenseitig Schimpfwörter und einem Augenblick hatte es den Anschein, als ob es zum Handgemenge zwischen Großdeutschen und Sozialdemokraten kommen sollte. Dem Eingreifen besonnener Elemente gelang es jedoch, Tätlichkeiten zu verhindern. Finanzminister Dr. Renner stellte für nächstes Jahr, sobald die wirtschaftlichen Verhältnisse und eine Erleichterung der staatsfinanziellen Lage es erlauben, weitere Zuwendungen in Aussicht. In diesem Jahre könne aber mit Rücksicht darauf, daß die Kassenbestände und Einnahmehilfskräfte für Investitionen referiert werden müßten, eine Erhöhung der Zuwendungen nicht eintreten.

Staat und Wirtschaft.

Wien. Der Allgemeine Deutsche Gewerkschaftsbund eröffnete hier seine Beratungen mit einer öffentlichen Sitzung in der der erste Bundesvorsitzende Leopold Jandl teilnahm. In der Sitzung wurden die Verhandlungen mit den Reichsbehörden besprochen. Zum Lohnkonflikt in der nordwestlichen Gruppe der Eisenindustrie erklärte Jandl, er sehe keinen Anlaß, den Vorwürfen, die in diesem Zusammenhang gegen die Regierung erhoben worden seien, zuzustimmen. Die Arbeiterschaft habe keinen Anlaß, unzufrieden oder verärgert zu sein, denn es steht fest, daß die Unternehmer nicht durchgebrungen seien. Der Bundesvorsitzende gab der Hoffnung Ausdruck, daß der Schiedspruch des Reichsinnenministers der Arbeiterschaft ihr Recht geben werde. Nach Begrüßungsansprachen nahm der Bundesvorstandsmittelsitz Jandl das Wort zu einem Vortrag über das Thema „Staat und Wirtschaft“, in dem er zunächst ein Bild von der Entwicklung der Lohnkonflikte in der nordwestlichen Metallindustrie entwarf und erklärte, in der Persönlichkeit des Kampfrichters habe die Regierung eine gute Wahl getroffen. Seering habe das Vertrauen des Bundes zum Schluß verlangt der Redner eine wirkungsvolle Durchleuchtung der Gesamtwirtschaft. Dazu sei in erster Linie nötig eine laufende und umfassende Produktionsstatistik der wichtigsten Groß- und Mittelbetriebe, eine erweiterte Publizität der Kartellgesellschaften, ein Monopolkontrollamt und für die Eisenindustrie besonders der Ausbau des Eisenwirtschaftsbundes. Der Rest der Tagung ist den Mittelsberverhandlungen der angeschlossenen Verbände gewidmet.

24. Dezember

Schneller als Sie denken

wird der Tag herankommen, wo Sie Weihnachtsgeschenke auf den Tisch Ihrer Angehörigen und Freunde legen müssen.

Wenn Sie noch nicht wissen, was Sie schenken, so lesen Sie jetzt den Anzeigenteil in den

Nachrichten für Raunhof

und Sie werden Geschenke finden, die Ihnen und den Beschenkten Freude machen werden.

Im richtigen Schenken liegt es, die echte Weihnachtsfreude zu bereiten.

dieses Blattes in den Dingen stellt, weiß man natürlich nicht. Nun ihm aber allem Anschein nach direkt nach dem Leben getrachtet wird, werden ihm doch wohl mit der Zeit sehr bestimmte Entschlüsse ausgedrückt werden. Vorläufig läßt er es noch bei der vollendeten Wädhaltung bewenden, mit der seine Regierung alle parlamentarischen Entscheidungen behandelt, die mit ihren eigenen Wünschen und Anträgen nicht übereinstimmen. Der unausbleibliche Konflikt, der am außenpolitischen Himmel von Warschau heraufzieht, wird ihn aber ohne Zweifel voll auf gerüttelt finden. Dr. Sp.

Oesterreichs neuer Bundespräsident.

Der bisherige Präsident des Österreichischen Nationalrates, Wilhelm Rittas, Kandidat der Christlich-Sozialen, wurde im dritten Wahlgange mit 94 von 120 gültigen Stimmen bei 91 leeren Stimmzetteln der Sozialdemokraten zum neuen österreichischen Bundespräsidenten an die Stelle Dr. Dainisch gewählt.